

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	13
A. Worum es geht: Versorgungsleistungen auf betrieblicher Grundlage	15
B. Grundlagen der betrieblichen Altersversorgung	21
1 Der Begriff der betrieblichen Altersversorgung	25
1.1 Versorgungszweck	27
1.2 Biologisches Ereignis	28
1.3 Arbeitsverhältnis als Anlass für die betriebliche Altersversorgung	30
2 Rechtsbegründungsakte	33
2.1 Individualvertraglich begründete Versorgungszusagen	33
2.1.1 Einzelzusagen	33
2.1.2 Vertragliche Einheitsregelungen und Gesamtzusagen	34
2.2 Betriebsvereinbarungen	36
2.3 Tarifvertrag	38
2.4 Betriebliche Übung	40
2.5 Allgemeiner Gleichbehandlungsgrundsatz und sonstige Diskriminierungsverbote	41
3 Durchführungswege	47
3.1 Überblick	47
3.2 Direktzusage	50
3.3 Unterstützungskasse	51
3.4 Direktversicherung	54
3.5 Pensionskasse	56
3.6 Pensionsfonds	58
3.7 Kombination der Durchführungswege	61
4 Finanzierungsformen	63
4.1 Rein arbeitgeberfinanzierte Altersversorgung	63
4.2 Entgeltumwandlung	63
4.2.1 Anspruchsberechtigung und Inhalt	64
4.2.2 Wertgleichheit	66
4.3 Mischfinanzierte Altersversorgung und Umfangszusagen	67

5	Plangestaltungen	73
5.1	Leistungszusage	73
5.2	Beitragsorientierte Leistungszusage	75
5.3	Beitragszusage mit Mindestleistung	76
5.4	Reine Beitragszusage	77
6	Die Regelungen zur Unverfallbarkeit	81
6.1	Gesetzliche Unverfallbarkeit	81
6.2	Vertragliche Unverfallbarkeit	83
6.3	Höhe der unverfallbaren Anwartschaft	83
6.3.1	Direktzusage, Unterstützungskassenzusage und Pensionsfondszusage .	84
6.3.2	Direktversicherung und Pensionskassenzusage	86
6.3.3	Beitragszusage mit Mindestleistung	87
6.4	Festschreibeffekt	87
7	Vorzeitige Altersleistung	89
8	Insolvenzsicherung	93
8.1	Insolvenzgesicherte Ansprüche	93
9	Sicherungsfälle	95
9.1	Gesicherte Versorgungsansprüche	96
9.2	Höhe des Insolvenzschutzes	97
9.3	Finanzierung des Pensions-Sicherungs-Vereins aG	98
10	Verjährung § 18a BetrAVG	101
11	Betriebsrentenreform durch das Betriebsrentenstärkungsgesetz	103
11.1	Weitere Regelungen	103
11.1.1	Opting-out	103
11.1.2	Tarifföffenheit für nicht tarifgebundene Arbeitgeber	104
11.1.3	Steuerliche Förderung	104
11.2	Auswirkungen des Betriebsrentenstärkungsgesetzes auf die Praxis	105
C. Praxisfragen der betrieblichen Altersversorgung		107
1	Abfindungsverbot nach § 3 BetrAVG	111
1.1	Allgemeines	111
1.2	Kleinstanwartschaften	113
1.3	Sonderfall: Tatsachenvergleich	114
1.4	Rechtsfolgen eines Verstoßes	115
1.5	Abfindungshöhe	115

1.6	Gesonderter Ausweis der Abfindung und einmalige Auszahlung	115
2	Übertragung von Versorgungszusagen	117
2.1	Übertragung gemäß § 4 BetrAVG	117
2.1.1	Übertragungsverbot	118
2.1.2	Einvernehmliche Übertragung auf den neuen Arbeitgeber	118
2.1.3	Übertragungsanspruch des Arbeitnehmers	120
2.1.4	Übertragung der Versorgungszusage im Rahmen einer Unternehmensliquidation	121
2.1.5	Berechnung des Übertragungswerts	122
2.2	Wirtschaftliche Übertragung (insbes. Schuldbeitritt)	123
2.2.1	Schuldbeitritt im Konzern	125
2.2.2	Schuldbeitritt zu externen Versorgungsschuldern im Rahmen einer Unternehmenstransaktion	125
2.2.3	Echte Schuldübernahme	126
2.2.4	Erfüllungsübernahme	127
2.3	Transfer von Pensionsverbindlichkeiten (»Pension Buy-out«)	128
2.3.1	Interessenlage	128
2.3.2	Alternativer Weg: Pension Buy-out	129
3	Auslegung von Versorgungszusagen	131
3.1	Die Auslegung als Kernfrage von betriebsrentenrechtlichen Streitigkeiten	131
3.2	Auflösung von Unklarheiten und Lücken	132
3.2.1	Auslegung von individualrechtlich begründeten Versorgungszusagen ..	133
3.2.2	Auslegung von kollektivrechtlich begründeten Versorgungswerken	139
3.3	Sonderfall: Auslegung von extern durchgeführten Versorgungszusagen	141
4	Abänderung von Versorgungszusagen	143
4.1	Verbesserung von Versorgungszusagen	143
4.2	Einschränkungen von Versorgungszusagen	144
4.2.1	Schließung des Versorgungswerks für Neueintritte	145
4.2.2	Einschränkungen individualrechtlich begründeter Versorgungszusagen	149
4.2.3	Einschränkung kollektivrechtlich begründeter Versorgungssysteme	160
4.3	Eingriffe in der Leistungsphase, v. a. im Hinblick auf Anpassungen	176
4.4	Wechsel des Durchführungswegs	177
4.4.1	Allgemeines	177
4.4.2	Einseitiger Wechsel des Durchführungswegs	178
5	Anpassung von Versorgungsleistungen	181
5.1	Allgemeines	181
5.2	Anpassung laufender Leistungen	181
5.2.1	Der Begriff der »laufenden Leistungen«	182
5.2.2	Abgrenzung zur Kapitaleistung	182

5.3	Belange der Versorgungsempfänger und wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers ..	183
5.3.1	Belange des Versorgungsempfängers	183
5.4	Ausnahmen von der Anpassungsprüfungspflicht	188
5.4.1	Einprozentige Mindestanpassung	188
5.4.2	Mittelbare Durchführungswege	189
5.5	Anpassung und Entgeltumwandlung	192
5.6	Anpassung und Pensions-Sicherungs-Verein aG	192
5.7	Pflichtprüfungsturnus bei Wechsel der Leistungsart, des Versorgungsträgers und bei Ruhestandbeständen	193
5.8	Nachträgliche und nachholende Anpassung	194
5.8.1	Prüfungstichtag	194
5.8.2	Nachträgliche Anpassung	195
5.8.3	Nachholende Anpassung	196
6	Erweiterte Auskunftspflichten des Arbeitgebers, § 4a BetrAVG	197
6.1	Allgemeines	197
6.2	Haftungsrisiken bei Fehlinformationen oder unterbliebener Aufklärung	198
7	Mitbestimmung des Betriebsrats bei der betrieblichen Altersversorgung	199
7.1	Mitbestimmungsfreier Bereich	199
7.2	Mitbestimmter Bereich	200
8	Betriebliche Altersversorgung im Rahmen von Transaktionen	203
8.1	Versorgungsverpflichtungen im Rahmen eines Asset Deals	203
8.1.1	Übergehende Versorgungsverpflichtungen	204
8.1.2	Kollision mit Versorgungssystemen des Erwerbers	205
8.1.3	Besonderheiten bei Versorgungszusagen mit externen Versorgungs- trägern	207
8.2	Versorgungsverpflichtungen im Rahmen eines Share Deals	208
8.2.1	Umfang der bestehenden Versorgungslasten	209
8.2.2	Auswirkungen eines Share Deals auf konzerninterne Versorgungs- träger des Veräußerers	209
8.3	Checkliste für eine Due-Diligence-Prüfung mit dem Fokus auf die betriebliche Altersversorgung	212
9	Besonderheiten bei Versorgungszusagen von Organmitgliedern	213
10	Datenschutz in der betrieblichen Altersversorgung	215
10.1	Personenbezogene Daten	215
10.2	Verarbeitung	216
10.3	Verantwortlichkeit	217
10.3.1	Direktzusage	218
10.3.2	Mittelbare Durchführungswege	218

10.4	Rechtfertigung	219
10.5	Informationspflichten und Betroffenenrechte	220
11	Befristete Pensionszusage	221
11.1	Zulässigkeit der einjährigen Befristung	222
11.2	Keine Anwendbarkeit der Drei-Stufen Theorie	224
11.3	Folgen einer befristeten Zusage	224
11.3.1	Keine Unverfallbarkeit	225
11.3.2	Keine Beitragspflicht zum PSV	227
11.3.3	Keine unzulässige Umgehung der reinen Beitragszusage	227
12	ESG in der betrieblichen Altersversorgung	229
12.1	Konkrete Berücksichtigungs- und Informationspflichten?	229
12.1.1	Direktzusage und Unterstützungskasse	229
12.1.2	Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung	229
12.2	Allgemeine arbeits- und betriebsrentenrechtliche Auswirkungen	231
12.2.1	ESG als Anpassungsmotivation	231
12.2.2	Gestaltungsmöglichkeiten	231
12.2.3	Beteiligung des Betriebsrats	232
	Rechtsprechungsübersicht	233
	Begriff der betrieblichen Altersversorgung	233
	Entgeltumwandlung	234
	Gleichbehandlung, Diskriminierungsschutz, betriebliche Übung	238
	Verschaffungssysteme	277
	Betriebsrentenberechnung	296
	Betriebsrentenanpassung	309
	Ablösung und Widerruf von Betriebsrentensystemen und Versorgungszusagen	353
	Auszehrungsverbot	387
	Insolvenzschutz	390
	Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	406
	Versorgung nach Beamtenrecht und für Dienstordnungsangestellte	419
	Auslegungsfragen	420
	Sonstiges	426
	Glossar	445
	Literaturübersicht	461
	Stichwortverzeichnis	465